

**Glanz und Elend der deutschen Geschichte**  
**Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017**  
**Band 10**

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und  
Rechtsstaatlichkeit ...**

**Band 10/109**

**Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 7**

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. Januar 2015

**(x893/...): >>"Gekaufte Journalisten" - Eine Buchbesprechung**

Auf der Rückseite des Buchumschlags heißt es: "Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Deutschen. Bislang galt es als 'Verschwörungstheorie', daß Leitmedien uns Bürger mit Propagandatechniken gezielt manipulieren. Jetzt enthüllt ein Insider, was wirklich hinter den Kulissen passiert." Dieser Insider ist Udo Ulfkotte, und "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken" ist der Titel seines vor wenigen Monaten im Kopp Verlag erschienenen Buches, das bereits in mehreren Auflagen gedruckt wurde.

In weiten Teilen bleibt Ulfkotte in "Gekaufte Journalisten" ziemlich subjektiv, schildert er doch seine eigenen Erfahrungen, die er insbesondere in 17 Jahren als Redakteur bei der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) machte. Doch gerade auch vor dem Hintergrund jener Plaudereien aus dem Nähkästchen lohnt sich das Lesen des Buches. Und Ulfkotte ist dafür zu loben, daß er nicht einfach mit dem Finger auf andere zeigt, sondern zunächst an sich selbst Kritik übt. So beschreibt er beispielsweise verschiedene Fälle, in denen er faktisch geschmiert wurde - nicht durch das Überreichen von Briefumschlägen mit Bargeld in irgendwelchen dunklen Gassen, sondern viel subtiler, etwa durch die Finanzierung von Reisen mit der unausgesprochenen Erwartung wohlwollender Berichterstattung im Gegenzug.

**Subtile Beeinflussung von Journalisten**

Einen dieser Fälle schildert Ulfkotte über mehrere Seiten besonders ausführlich, nämlich seine Luxusreise nach Oman, welche von Sultan Qabus finanziert wurde, der dort seit 1970 als Diktator regiert. "Ein durchschnittlicher Leser wird jetzt erst einmal einen völlig falschen Eindruck bekommen. Er wird denken: Aha, da bezahlt ein Mensch einem Reporter eine Reise. Das wäre allerdings in Hinblick auf das erwähnte Land Oman, welches wir hier stellvertretend für andere nehmen, eine kaum noch zu unterbietende Untertreibung.

Die Realität: Bei den Einladungen aus Oman reiste man als vermeintlicher FAZ-VIP auf Kosten des Staatschefs in der Business- oder First-Class an. Am Flughafen wartete des Sultans Personal, welches den Gast - einen einfachen Journalisten - extrem unauffällig und zügig durch die Kontrollen schleuste, vorbei an den 'Normalsterblichen'. Spätestens da fühlte man sich nicht mehr als einfacher Journalist, sondern rundum als VIP und irgendwie extrem wichtig."

Wenige Seiten später erfahren die Leser das Ergebnis derartiger Reisen: "Man stelle sich einen jungen Mann vor aus ärmerem Elternhaus, der sich, weil der Vater früh verstorben war, alles

hart hatte erarbeiten müssen. Zeitungen austragen, auf dem Bau arbeiten, am Fließband stehen - nur um studieren zu können und eine gute berufliche Perspektive zu haben. Und dann der Jackpot. Zum Nulltarif. Ohne Einsatz. Halt, ohne Einsatz? Man mußte nur ausblenden, was man nicht sehen wollte. Hofberichterstattung war der Preis für den Jackpot." Man muß darauf hinweisen, daß ganz offensichtlich niemand zu positiven Berichten gezwungen wurde. Doch wenn man tagelang im Luxus schwelgt, so ist es kaum verwunderlich, den Finanzier der Reise oder der Veranstaltung nicht mehr ganz neutral zu beurteilen.

### **Undurchsichtige Netzwerke**

Ein zweiter Themenkomplex ist, wie der Untertitel von "Gekaufte Journalisten" bereits andeutet, die Aufdeckung obskurer Netzwerke, Beziehungen und Verflechtungen von Journalisten, Lobbyisten und Politik. Einigermaßen bekannt dürfte etwa sein, daß Helmut Kohl, 16 Jahre lang Bundeskanzler, Trauzeuge bei der Hochzeit von Kai Diekmann, Chefredakteur der in Deutschland auflagenstärksten Tageszeitung "Bild", war. 2008 revanchierte sich Diekmann, indem er dieselbe Aufgabe bei Kohls zweiter Eheschließung (seine erste Frau beging 2001 Selbstmord) wahrnahm.

Weniger bekannt sind wohl Organisationen wie die Atlantik-Brücke oder die Trilaterale Kommission. Hiermit begibt sich Ulfkotte in Gefilde, in denen Verschwörungstheorien im Überfluß vorhanden sind. Zwar versucht Ulfkotte, die reinen Fakten zu schildern, doch werden mitunter Schlußfolgerungen gezogen, die detaillierterer Beweisführungen bedürften.

Bloß weil Journalisten wie der bereits erwähnte Kai Diekmann, Theo Sommer (Herausgeber von "Die Zeit"), Mathias Döpfner (Vorstandsvorsitzender von "Axel Springer"), Claus Kleber (Moderator des "heute journal" im ZDF) und Jörg Schönenborn (Fernsehndirektor des WDR) mit der Atlantik-Brücke in Kontakt stehen oder standen, heißt dies nicht zwangsläufig, daß sie die offizielle Linie der Organisation - falls es eine solche Linie überhaupt gibt - immer und notwendigerweise vertreten. Hier wirft Ulfkotte Fragen auf, die unbeantwortet oder ohne überzeugende Replik bleiben.

Eine umfangreiche wissenschaftliche Analyse der Artikel oder Programme der "verdächtigen" Journalisten wäre nötig, um hier tatsächlich fundiert argumentieren zu können. Ein diesbezügliches Beispiel bietet Uwe Krüger in seiner Dissertation "Meinungsmacht. Der Einfluß von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse", welche von Ulfkotte häufig zitiert wird.

### **Fragen, aber nicht immer überzeugende Antworten**

Nichtsdestotrotz sind augenscheinliche Elitenetzwerke wie die oben erwähnte Atlantik-Brücke zumindest bemerkenswert und umstritten und rufen nach einer kritischen Auseinandersetzung. Das Verdienst des Autors von "Gekaufte Journalisten" liegt darin, seine Leser auf derartige zumindest mögliche Einflußnahmen aufmerksam zu machen. Danach ist es dem Leser selbst überlassen, welche Maßnahmen er trifft, oder ob er weiterhin an der Vorstellung festhält, daß Journalisten speziell der Leitmedien grundsätzlich eigentlich unabhängig sind.

Lassen wir Ulfkotte angesichts der Atlantik-Brücke noch einmal zu Wort kommen: "Die pro-amerikanische und ganz sicher nicht neutrale Organisation kriecht immer weiter vor in der medialen Berichterstattung. Nun ist 'proamerikanisch' nicht unbedingt ein Schimpfwort. Aber es geht hier auch nicht um gut oder böse, sondern im Hintergrund vor allem um ein Wertesystem. (...) Deutsche und Amerikaner teilen viele Werte, etwa Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit. Aber schon bei Fragen nach der Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht gibt es große Differenzen. (...)

Die Tatsache, daß wir keine Wertegemeinschaft mit den USA haben und ganz sicher nicht auf Augenhöhe mit Washington stehen, belegt nichts so eindeutig wie die Einschränkung unserer Freiheit durch amerikanische Spionage, welche die Privatsphäre unserer Bürger Tag für Tag mißachtet. Wenn deutsche Journalisten sich also mit proamerikanischen Organisationen wie

der Atlantik-Brücke gemein machen, dort auftreten oder diese gar fördern, dann stehen sie nicht mehr inmitten unseres deutschen Wertesystems. Sie werden dann mitunter zu Fürsprechern und/oder Lobbyisten eines anderen Wertesystems."

### **Ausweg aus dem Einheitsbrei**

Als Ausweg aus der gegenwärtigen Situation, in der er keine substantiellen Unterschiede zwischen den verschiedenen wichtigsten und einflußreichsten Medien in Deutschland sieht, empfiehlt Udo Ulfkotte in "Gekaufte Journalisten", jene Medien nicht länger zu finanzieren. "Verweigert denen, die uns manipulieren und desinformieren, einfach Quote, Auflage und Gehör. Schaltet ab und gebt ab sofort keinen Cent mehr dafür aus. Je mehr Menschen das machen, um so größer wird der Druck."

Allerdings ist dies spätestens bei den Zwangsabgaben für den Staatsrundfunk leichter gesagt als getan. Die Alternative zu den alteingesessenen und renommierten Medien ist für Ulfkotte das Internet: "Journalisten als Eigenmarken, die auch ohne Verlage Geld verdienen können, weil man ihnen vertraut - die haben eine Zukunft."

Udo Ulfkotte: "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken", 336 Seiten ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 6. Januar 2015 (x892/...): >>Pädophilie und "Sexualpädagogik der Vielfalt"

In einem interessanten und lesenswerten Beitrag zur sogenannten "Sexualpädagogik der Vielfalt" - das ist der Verschleierungsbegriff für pädagogische Modelle auf der Grundlage der Genderideologie - zeigt Gerhard Amendt in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" den Zusammenhang zwischen Pädophilie und dieser neuen, sexualisierenden Pädagogik auf. Diese Pädagogik spricht sich nicht für das Recht der Pädophilen auf straffreien Zugriff auf Kinder aus, wie ihr oft unterstellt wird, aber sie übernimmt die "Zielvorstellungen, die der pädophilen Propaganda und der Charakterstörung zugrunde liegen" (FAZ vom 31.12.2014, S. 6)

Das Ziel der "Sexualpädagogik der Vielfalt" ist die Zerstörung der Grenze zwischen Kindern und Erwachsenen, sowie der Grenzen zwischen den Geschlechtern. Diese bereits in der sogenannten "antiautoritären Pädagogik" der 1960er Jahre diskutierte Ideologie hat zum Ziel, jede Art der Autorität zu untergraben und damit Erziehung überhaupt zu untergraben.

"Diese Überschreitung der Generationengrenze begründet die Gemeinsamkeit mit der Pädophilie" schreibt Gerhard Amendt. "Inzest als Inbegriff der Grenzziehung" soll straffrei gestellt werden und darüber hinaus sogar wertgeschätzt werden. So wird angestrebt, daß die Beziehungen von Eltern und Kindern gerade nicht frei von Sexualität sind. Hieraus ergibt sich der berechtigte Vorwurf der Frühsexualisierung, der von den Vertretern dieser krankhaften "Sexualpädagogik der Vielfalt" auch nicht wirklich bestritten wird.

Da sich fast alle Eltern und auch zahlreiche Lehrer gegen diese Art von Pädagogik wehren, sobald sie die wahren Hintergründe und Ziele verstehen, fordern die Vertreter der Lobbygruppen, daß sie selbst als Lehrkräfte für diesen Unterricht in den Schulen eingesetzt werden sollten, was inzwischen in einigen Bundesländern auch schon praktiziert wird.

Hauptvertreter dieser kinderfeindlichen und bewußt gesellschaftszerstörenden Ideologie in der Politik sind auch hier die sogenannten "Grünen".<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 14. Februar 2015: >>Grüner Wahn Deutschland leidet unter gefährlicher Öko-Hysterie

Vor 50 Jahren fingen die Deutschen an, sich Sorgen um die Umwelt zu machen. Heute leben sie in einem Öko-Musterland. Die Mahner und Warner wenden sich deshalb Problemen zu, die meist gar keine sind.

Daimler wirbt für schicke Elektroautos, der Energieriese E.ON zerlegt sich selbst, und auf Elternabenden wird diskutiert, ob das Essen in der Kita nur bio, bio-vegetarisch oder bio-vegan sein soll. Touristen werden mit Rikschas durch Berlin und München kutschiert, abgas-

frei und geräuschlos. Glühbirnen sind verboten, und die Klos haben Wasserspartasten. Brokdorf-Veteranen bleibt die Spucke weg, wenn eine CDU-Kanzlerin die Energiewende ausruft.

In Deutschland, Österreich und der Schweiz hat grünes Gedankengut die Gesellschaft tief durchdrungen. Und es wurde mit Erfolg in viele andere Länder der westlichen Welt exportiert. Fahrradfahren, Energiesparen und Mülltrennen gehören zum fest eingeübten Alltagsverhalten, wie Zähneputzen. Man fühlt sich verantwortlich für das Weltklima, die Rettung der Wale und den tropischen Regenwald.

### **Landschaftsschützer streiten mit Klimarettern**

Alle sind grün geworden, von Angela Merkel bis Margot Käßmann, von "Bild" bis "Brigitte", von der Allianz bis zum ADAC. Sogar McDonald's hat sein Logo von rot auf grün umgefärbt. Gleichzeitig wird immer verschwommener, für was die Etiketten "grün" oder "nachhaltig" überhaupt noch stehen.

Dafür werden die Widersprüche verschiedener ökologischer oder vermeintlich ökologischer Kämpfer sichtbar. Da streiten Wald- und Landschaftsschützer mit Klimarettern, die Windräder, Sonnenfarmen oder Speicherseen errichten wollen. Die dafür erforderlichen Stromtrassen werden inzwischen bekämpft wie eine neue Autobahn.

Sozial eingestellten Grünen mißfällt, daß die Großindustrie durch geschickten Lobbyismus den grünen Markt an sich gerissen hat. Was, fragen sie, hat der Windkraftinvestor mit dem Fledermausschützer noch gemein? An den Rändern des grünen Denkens blühen Heilslehren, die irgendwie grün daherkommen sollen, doch mit Ökologie nichts zu tun haben. In deutschen Buchhandlungen etwa schwimmen Esoterik, Wellness und biodynamische Garten-Ratgeber in die Regale.

Beliebigkeit breitet sich aus. Bei vielen Errungenschaften neuerer Zeit stellt sich die Frage: Sind sie wirklich gut für die Umwelt, oder tun sie nur so? Auf den Plastiktüten der Supermarktkette Tengelmann steht "I'm green". Begründung: Der verwendete Kunststoff wird aus Zuckerrohr produziert. Aber warum soll Zuckerrohr "green" sein? Die Plantagen sind oft alles andere als ökologisch vorteilhaft. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

### **Keine soziale Bewegung siegte so schnell**

Sind Sparleuchten umweltfreundlich, die giftiges Quecksilber enthalten? Ist Bio-Landwirtschaft wirklich ökologisch, wenn sie für den gleichen Ertrag doppelt so viel Land benötigt? Sind Windkraftwerke umweltfreundlich, die Tausende Vögel und Fledermäuse zerhacken? Welche Folgen hat Biodiesel für die Natur, wenn er aus Palmöl stammt für dessen Anbau Regenwälder abgebrannt werden? Warum interessiert es deutsche Sonnenfreunde nicht, daß chinesische Solarzellen-Fabriken die Umwelt verschmutzen und Menschen vergiften? Zu diesen Widersprüchen konnte es nur kommen, weil inzwischen alles kritiklos durchgewinkt wird, was grün ist oder auf grün macht.

Keine soziale Bewegung in der Geschichte siegte so schnell. Bis das Industrieproletariat sich akzeptable Lebensverhältnisse erkämpft hatte, bis die Sklaverei in Amerika abgeschafft und Frauen gleichberechtigt waren, vergingen teilweise Jahrhunderte. Vom Zeitpunkt, zu dem das Umweltthema in Deutschland aufkam, bis zum Ergrünen von Politik und Wirtschaft vergingen nicht einmal drei Jahrzehnte.

Hätte man in den 60er-Jahren einen Deutschen in eine Zeitmaschine gesetzt, um ihn ins Jahr 2015 zu transportieren, er käme heute aus dem Staunen nicht mehr heraus. Und dies nicht nur wegen technischer Wunder, wegen Smartphones, Internet oder Geldautomaten. Dieser Mensch würde staunen, wie baumreich die Städte sind, wie sauber die Gebäude, die damals rußgeschwärzt waren, und wie anders die Luft riecht.

Er wäre verblüfft, daß Essen aus Dosen nicht mehr als modern, sondern als ungesund gilt. Verwundert würde er lesen, daß wieder Wölfe durch die Wälder streifen und kaum jemand

etwas dagegen hat. Und vielleicht könnte er nicht begreifen, daß Menschen freiwillig Fahrrad fahren, obwohl sie sich ein Auto leisten können.

### **Grzimek und Brandt als Ökopioniere**

Der grüne Siegeszug begann vor gut einem halben Jahrhundert. 1959 kam Bernhard Grzimeks Film "Serengeti darf nicht sterben" in die Kinos. Das Savannen-Epos des Frankfurter Zoodirektors war pathetisch und aufrüttelnd. Seine Botschaft: Die letzten Naturgebiete der Erde sind in Gefahr. Wir müssen umdenken und erkennen, daß wilde Natur ebenso wertvoll ist wie die großen Kulturschätze der Menschheit.

Diese Sichtweise, heute eine Selbstverständlichkeit, wurde damals noch von vielen als Provokation empfunden. Zum Beispiel von der katholischen Kirche, die im Adenauer-Deutschland die unumstritten oberste Instanz für ethische Fragen war. Bevor Grzimek wilde Tiere zum Kulturerbe erhob, stellten Naturfilme sie zumeist als gefährliche Bestien dar. "Serengeti darf nicht sterben" leitete einen Paradigmenwechsel ein: von der bedrohlichen zur bedrohten Natur.

Zwei Jahre später, 1961, erhob Kanzlerkandidat Willy Brandt die Luftverschmutzung zum Wahlkampfthema. Er forderte: "Der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden!" Im Wahlprogramm der SPD stand damals:

"Erschreckende Untersuchungsergebnisse zeigen, daß im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser eine Zunahme von Leukämie, Krebs, Rachitis und Blutbildveränderungen sogar schon bei Kindern festzustellen ist.

Es ist bestürzend, daß diese Gemeinschaftsaufgabe, bei der es um die Gesundheit von Millionen Menschen geht, bisher fast völlig vernachlässigt wurde." In einer Publikation des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2011 heißt es dazu: Brandts Vorstoß "kann zu Recht als der Beginn umweltpolitischen Denkens in Deutschland gelten.

Damit rückte Brandt - lange bevor es die Begriffe Umweltschutz oder Umweltpolitik gab - ein regionales und bis dahin vernachlässigtes Problem ins Blickfeld gesellschaftspolitischer Debatten. Er machte aufmerksam auf die Schattenseiten des deutschen Wirtschaftswunders."

### **Angriff auf Amerikas Wappentier**

1962 erschien in Amerika das erste populäre Umweltschutz-Buch: "Der stumme Frühling", verfaßt von der Biologin Rachel Carson. Es lenkte die Aufmerksamkeit auf die ökologischen Folgen des Unbedachten Einsatzes von Pestiziden. Durch Carson wurde bekannt, daß einige Vogelarten sich nicht mehr vermehrten, weil das Insektengift DDT ihre Eier schädigte.

Die amerikanische Öffentlichkeit war besonders dadurch alarmiert, daß unter den betroffenen Spezies auch der Weißkopfseeadler war, das Wappentier der Vereinigten Staaten. DDT und andere Pflanzenschutzmittel, die Farmer zuvor sorglos auf den Feldern verspritzten, wurden als Reaktion auf Carsons Buch in vielen Staaten verboten.

Obwohl die Welt mitten im Ost-West-Konflikt steckte und der Kalte Krieg ständig heiß zu werden drohte, machten sich immer mehr Menschen in den westlichen Industrieländern Sorgen um die Umwelt, den Zustand der Natur und besonders um die Gesundheitsschäden, die Menschen durch industrielle Abgase und Abwässer erlitten.

Rauchende Schloten galten bis dahin als Zeichen von Fortschritt und wachsendem Wohlstand. Daß Flüsse begradigt, Moore trockengelegt, Wälder gerodet wurden, feierte man als Siege über eine feindliche Natur.

Doch die Schattenseiten des Wirtschaftswunders wurden immer deutlicher: Schaumberge dümpelten aus den Flüssen, weiße Wäsche wurde vom Staub der Kohleöfen und der Fabrik-schlote grau gefärbt, wenn sie zum Trocken draußen hing. Im Winter vermischten sich Nebel und Rauch zum gesundheitsschädlichen Smog. Die Probleme waren unübersehbar, und bald schon zeigten die Appelle von Grzimek und Co. Wirkung.

Alle sprachen plötzlich von "Umweltschutz", ein neues Wort, das 1969 im FDP-geführten In-

nenministerium ersonnen worden war. Die sozial-liberalen Bundesregierungen erließen Gesetze und Verordnungen zum Schutz von Luft und Gewässern. In der darauf folgenden Kohl-Ära wurden sie weiter verschärft.

### **Gehen Umweltschützern langsam die Themen aus?**

Heute ist Deutschland eines der Umweltmusterländer der Welt. Die Industrie hat ihre Hausaufgaben gemacht. Es ist nicht alles perfekt. Die Lösung alter Probleme bringt oft neue Probleme mit sich, die man nicht erwartet hätte. Doch die Verhältnisse haben sich von Grund auf gewandelt.

Als 1993 Asbest verboten wurde, wußte man schon mehr als ein halbes Jahrhundert lang, daß er die Gesundheit von Menschen gefährdet. Heute werden manche Stoffe schon beim Verdacht, sie könnten schädlich sein, aus dem Verkehr gezogen, wie kürzlich Pflanzenschutzmittel, die Neonicotinoide enthalten.

Alles in allem ist der Umweltschutz in Deutschland eine grandiose Erfolgsstory. Man könnte meinen, daß den Umweltschützern so langsam die Themen ausgehen. Doch die professionellen Mahner und Warner haben sich neuen Feldern zugewandt. Je mehr Erfolge das grüne Großreinemachen in Deutschland vorweisen konnte, desto stärker rückten schwer überprüfbare Katastrophen-Prognosen in den Fokus der Aktivisten.

Und hier liegt eine große Gefahr. Wie sich eine ganze Gesellschaft von Schreckensszenarien in den Bann schlagen läßt, wenn die Ängste so stark werden, daß es niemand mehr wagt, kritisch nachzufragen, erlebte Deutschland eindrucksvoll in den 80er-Jahren. Das Gespenst der damaligen Zeit hieß Waldsterben.

### **Die Mär vom deutschen Waldsterben**

Wer verstehen will, was damals passierte, fragt am besten Rudi Holzberger. Der Medien- und Agrarwissenschaftler glaubte seine Heimat, die Wälder des Allgäus, Anfang der 80er-Jahre verloren. Doch zehn Jahre später wandelte sich seine Angst in Skepsis. Er begann, die Horrorszenarien zu hinterfragen, und sah sich die Berichterstattung genauer an, analysierte und verglich 150 Artikel überregionaler Printmedien. Er schrieb eine Doktorarbeit darüber.

Ab 1981 wurde das Waldsterben zum Dauerthema in der deutschen Presselandschaft. 1983 schrieb der "Spiegel": "Wir stehen vor einem ökologischen Hiroshima". Im "Stern" stand 1986: "Die Reihen der Bäume lichten sich, wie Armeen unterm Trommelfeuer."

"Die überboten sich gegenseitig, wie beim Kartenspiel", sagt Holzberger. In seiner Dissertation ("Das sogenannte Waldsterben: Zur Karriere eines Klischees", 1995) wies er nach, daß die Journalisten voneinander abgeschrieben hatten und immer dieselben Experten zitierten. Die wissenschaftliche Basis war dünn. Zwei Wissenschaftler dienten als Kronzeugen. Fernsehen, Hörfunk, Zeitungen und Zeitschriften befragten immer wieder diese beiden und kaum je einen anderen Experten. Forscher, die Zweifel an der Theorie vom Waldsterben anmeldeten, wurden ignoriert.

Die Fotos und Fernsehbilder, die den dramatischen Befund belegten, stammten größtenteils aus dem Erzgebirge, damals DDR. Dort waren tatsächlich ganze Hänge abgestorben. Die Ursache dieses Desasters lag jedoch nicht in einem allgemeinen Waldsterben, sondern fand sich ganz in der Nähe. Braunkohlekraftwerke der damaligen ČSSR bliesen riesige Mengen Schwefeldioxid in die Luft, das auf die Wälder niederregnete.

### **Die Grünen waren Gewinner der Hysterie**

Das Horrorszenario und seine mediale Verstärkung führten dazu, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik quer durch die gesamte Bevölkerung Einigkeit über ein wichtiges Thema herrschte. Es war Konsens: Der Wald stirbt, und die Politik muß endlich handeln.

Der große politische Gewinner des Waldsterbens waren die Grünen, die 1983 in den Bundestag einzogen. Aber auch Helmut Kohl erkannte die Zeichen der Zeit und griff das Thema auf. Die Betreiber von Stein- und Braunkohlekraftwerken in Deutschland mußten Filteranlagen

einbauen, die schädliche Schwefelverbindungen aus den Abgasen entfernen.

Die falschen Propheten von damals behaupten noch heute, dieses wichtige Umweltgesetz sei durch ihre zwar falschen, aber doch nützlichen Prognosen zustande gekommen. Doch die Verordnung über Großfeuerungsanlagen war nicht Ergebnis der Waldsterbens-Hysterie. Sie stammte aus den 70er-Jahren und war nur noch nicht in Kraft getreten.

Eine wirklich neue Idee der Regierung Kohl war dagegen der "Waldschadensbericht". Ab 1983 wurden überall in Deutschland Förster in den Wald geschickt, um anhand der "Kronenverlichtung" festzustellen, wie krank der Wald ist. Die Kriterien: der Blatt- oder Nadelverlust eines Baumes und die Verfärbung von Blättern oder Nadeln. Doch Wissenschaftler halten diese Methode inzwischen für völlig ungeeignet.

Denn es gibt zahlreiche natürliche Gründe für solche Veränderungen. Ein Laubbaum kann je nach Witterung und Standort bis zu 75 Prozent weniger Blätter tragen als ein gleich alter Artgenosse. Bei Nadelbäumen beträgt die Schwankungsbreite 66 Prozent. Der jährliche Waldschadensbericht (heute heißt er offiziell "Bericht über den Zustand des Waldes"), der sich an Blätter- und Nadeldichte orientiert, ist nach Ansicht der Experten längst ein sinnloses Ritual einer Bürokratie, die sich verselbständigt hat.

#### **Aus "Waldsterben" wurden "Waldschäden"**

1993 veröffentlichte das Bundesforschungsministerium eine Zwischenbilanz aus zehn Jahren Waldschadensforschung. Das Expertengremium der Bundesregierung kam zu einem eindeutigen Ergebnis: "Das großflächige Absterben ganzer Waldregionen, wie es der Begriff 'Waldsterben' unterstellt, wird heute von der Wissenschaft auch für die Zukunft nicht befürchtet." Ein Jahrzehnt nach dem ersten Alarm war den Fachleuten also klar, daß das Waldsterben nicht existiert.

Und wie wurde diese frohe Kunde aufgenommen? Man ignorierte sie. Noch 1994 verkündete der "Stern" auf dem Titel: "So sterben unsere Wälder".

Die Forststatistik belegt: Als alle den Wald für sterbenskrank hielten, nahm die Waldfläche jährlich um 100 Quadratkilometer zu. Bis heute wächst er weiter. Die Umweltverbände haben ihre Wortwahl korrigiert und reden nur noch von "Waldschäden".

Und im Jahr 2003, zehn Jahre nachdem wissenschaftlich nachgewiesen war, daß es sich beim Waldsterben um Hysterie gehandelt hat, verkündete die damalige grüne Ministerin Renate Künast: "Ja, wir haben den Trend umgekehrt. Ich kann nur dringend empfehlen, am Sonntag einen Waldspaziergang zu unternehmen."

Dreister kann man sich nicht mit fremden Federn schmücken.

#### **Das Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben**

Das Waldsterben war die Mutter aller Öko-Ängste. Wer die Hysterie verstehen will, die sich angesichts mancher Ereignisse bis heute oft reflexhaft ausbreitet, der sollte sich vor Augen führen, zu welcher Selbsttäuschung Deutschland damals fähig war.

Bis heute haben die Umweltverbände und die Grünen nicht selbstkritisch reflektiert, daß und wie sehr sie mit ihren Voraussagen zum Waldsterben danebenlagen. Statt daraus zu lernen, stürzten sie sich auf immer neue Schreckensprognosen, mit denen sie Menschen Angst machen und die Spendenkassen füllen.

Die Waldsterbensangst ist abgeflaut, das mulmige Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben. Heute fürchten sich viele Deutsche vor einer kommenden Klimakatastrophe und vor Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Rhetorik ist praktisch dieselbe geblieben, und auch die Prognosen sind ähnlich kühn wie damals. Beispiel Klimawandel. Beispiel Gentechnik.

Nach wie vor ist unbewiesen, ob tatsächlich das Kohlendioxid die treibende Kraft hinter den Klimaveränderungen ist. Erdgeschichtliche Analysen legen den Schluß nahe, daß die Rolle dieses Gases überschätzt wird. Und auch an den Schreckensszenarien haben manche Wissenschaftler erhebliche Zweifel. Denn Warmzeiten waren in der Vergangenheit stets besonders

gute Zeiten für die Landwirtschaft und auch für die Natur.

Die Klimaprognosen haben den Vorteil, daß die Propheten vielleicht nicht mehr am Leben sein werden, wenn sich herausstellt, ob ihre Vorhersagen eingetroffen sind. Das Problem Umweltverschmutzung ist irgendwann erledigt, wenn die Luft wieder rein, die Flüsse sauber und Wälder grün sind. Doch das Klima-Thema bleibt erhalten. Und damit die Existenzberechtigung für Aktivisten, Nichtregierungsorganisationen, kurz: NGOs, Konferenzen, Behörden, Industrien und spezielle Forschungsinstitute. Solche, die immer wieder auf eine drohende Klimakatastrophe hinweisen. ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 16. Februar 2015 (x892/...): >>Die systematische Zerstörung der Familie durch die Politik

Am Samstag den 7. Februar veröffentlichte "Die Tagespost" einen ausgesprochen guten und mutigen Artikel von Martin Voigt unter dem Titel "Wer sind wir eigentlich?"

Der Beitrag fand in den Leserbriefen der darauf folgenden Woche ein sehr großes und positives Echo. Leider ist der Artikel auf der Website der katholischen Tageszeitung nicht kostenlos zu lesen. *pius.info* möchte seinen Lesern zumindest eine Zusammenfassung dieses Beitrags bieten, der den vollständigen Zerfall der Moral, die "Umwertung aller Werte" und vor allem die systematische Zerstörung von Ehe und Familie durch den Staat thematisiert. Der Staat selbst wird damit zum Totengräber seiner eigenen Grundlage.

Der Autor beginnt mit dem Hinweis auf das Ende der Pegida-Bewegung, die sich als Sammelbecken für die diffuse Wut der Bürger über "die da Oben" entwickelt hatte. Die Menschen nahmen an den Demonstrationen teil, weil sie ihren "Gefühlsstau" abbauen wollten und weniger wegen bestimmter konkreter Themen. "Der Ruf "Wir sind das Volk" ist als Frage zu verstehen. Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen?", schreibt Martin Voigt, der als Jugendforscher mit dem Schwerpunkt Sexualisierung unter Teenegern arbeitet. Der Staat im Verbund mit Linksradikalen und den Medien unterließ nichts, um diesen Menschen den Mund zu verbieten, sie zu diskreditieren und nach der Methode der letzten 25 Jahre als "Nazis" zu beschimpfen.

Voigt stellt selbst nun die Frage, die vom politisch-medialen Komplex im Verein mit den Linksradikalen unterdrückt wird. Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen? Ein Grund für den Zerfall von Pegida dürfte gewesen sein, daß die Teilnehmer und die Führung diese Fragen selbst nicht beantworten konnten.

Er schreibt: "Die Inventur unseres moralischen Zustands soll mit dem Programm jener Politiker beginnen, die sich weigern die Nationalhymne zu singen, die christliche Feiertage und Symbole abschaffen und den Gottesbezug aus der Verfassung streichen: Abtreibung als Menschenrecht, Babys in die Krippe, Alte in Heim, Sterbehilfe auf Rezept. Haben Politiker Schuld oder sind sie ein Symptom? Sie wollen das Ehegattensplitting und Betreuungsgeld abschaffen und reden von "Nur-Hausfrauen" und "Heimchen am Herd". Sie fordern Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und Abitur für alle. Sexuelle Vielfalt soll in jedes Schulbuch. "Habt Spaß, probiert alles mal aus", sagen die Pädagogen von *pro familia*."

Das ist in Kurzform das Programm der deutschen Politik. Dahinter steht eine Kulturrevolution, die bereits seit den 1960er Jahren betrieben wird, aber auf Karl Marx, den Sozialismus und Kommunismus zurückgeht. Daß Politiker einer Partei, die sich selbst "christlich" nennt, dabei nicht selten mitwirken, zeigt, wie weit dieses Denken heute gesellschaftsfähig geworden ist.

"Drei wesentliche Zielscheiben hat die Kulturrevolution: 1. Mutter-Kind-Bindung, 2. Familien, 3. Polarität der Geschlechter und stabile sexuelle Bindungen." Durch all dies werden Kinder und Jugendliche für sexuellen Mißbrauch leicht zugänglich, wie der Autor mit Bezug auf das Beispiel Rothenham zeigt.

"Die totalitären Tendenzen deutscher Familienpolitik beschreibt Hanne K. Götze in ihren

Beiträgen zu den psychosozialen Spätfolgen der Krippenerziehung: "Die Bindung muß - je früher, um so wirksamer - gestört werden, denn instabile Persönlichkeiten mit unsicheren Bindungsmustern sind um so leichter manipulierbar." Rot-Grün weiß das nicht erst seit Manuela Schwesig. Schon 2002 schwärmte Olaf Scholz vom Ausbau der Ganztagsbetreuung und von einer SPD, die "die Lufthöhe über den Kinderbetten" und "die kulturelle Revolution" erreicht."

Ziel ist, wie gesagt, die Zerstörung jeder echten Eltern-Kind-Bindung, die Zerstörung der Familie als der grundlegenden Gemeinschaft, deren Manipulation nicht leicht möglich ist, da sie sich allen revolutionären Veränderungen widersetzt. Dies wußten schon Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin, aber auch Hitler und seine nationalen Sozialisten. Dieses Ziel wird von den Revolutionären inzwischen immer mehr erreicht: "Die dritte Generation, die Enkel der 68er, entwickeln sich zu einem bindungsunfähigen, egozentrischen, konsumorientierten Proletariat, das auf einfache Reize reagiert, Universitäten an ihr Limit bringt, an Windenergie glaubt, irgend etwas "Soziales" wählt und den x-ten Ex via *WhatsApp* abserviert".

Es sind die Menschen, die bei der sogenannten Antifa mitlaufen, wenn es gegen Demonstranten geht, die für das Leben und gegen Abtreibung demonstrieren. In ihren Plakatsprüchen bringen sie eigentlich nur ihre eigenen biographischen Brüche und den daraus resultierenden Selbsthaß zum Ausdruck, wie Martin Voigt schreibt. "Der Haß auf die eigene Herkunft ist der gemeinsame Nenner jeglicher linker Couleur von den steuerfinanzierten Autonomen über quer-Aktivistinnen bis zu Vertretern der evangelischen Kirche.

"Der Glaube ist heute zur Intimsphäre geworden, während wirklich Intimes überall publik gemacht wird", sagte der Dresdner Bischof Heiner Koch mit offensichtlichem Bezug zu Sigmund Freud: "Schamlosigkeit ist das erste Anzeichen von Schwachsinn".<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Mai 2015 (x892/...): >>**Das deutsche Wahlverhalten**

"Der Deutsche schluckt und arbeitet, er versucht, aus jeder Lage das Beste zu machen. Er scheut einschneidende Veränderungen. Geordnete Verhältnisse sind ihm wichtiger als persönliche Freiheiten. Sogar ein Hitler ist ja nicht von einem reichlichen Drittel der Deutschen gewählt worden, weil er Veränderungen versprach, sondern eine Rückkehr zur Ordnung. ...

Heute heißt es in jenen Kreisen, die der (ehemaligen, JV) Adenauer-Partei die Treue halten, obwohl sie sich von Angela Merkels Neue-Mitte-Kurs mehr als verprellt fühlen: "Augen zu - CDU". Man wählt das - angeblich - kleinste Übel.

Tatsächlich tun diese Leute nur, was sie immer getan haben. Sie wollen nicht experimentieren. Sie halten sich an das, was sie haben. Solange eine Eisscholle schmilzt, kann man auf ihr stehen, und vielleicht, wer weiß, schmilzt sie ja gar nicht, oder zumindest nicht so schnell, oder es wird irgendwann wieder kühler. ...

Auch in den Jahren vor der AfD, wenn sich politische (Schein-) Alternativen rechts der Union anboten, blieben fast alle Wähler der wahrscheinlich größten Opportunistenpartei der deutschen Nachkriegsgeschichte treu. Alternative bedeutet hierzulande nämlich vor allem Risiko. Risiko aber ist schlecht.

Wegen der Tüchtigkeit und Erfindungsgabe eines Teils seiner Bewohner ist Deutschland ein immer noch wohlhabendes Land, so eifrig in- und ausländische Bedürftige oder gar Plünderer sich am Bruttosozialprodukt bedienen, überdies ein Land, das in wachsendem Maße von Senioren besiedelt wird. In einem solchen Land denkt der Bürger erst recht: Was ich habe, will ich nicht aufs Spiel setzen. ...

Der Wähler am anderen politischen Flügel verhält sich vergleichbar konstant. Die klassische sozialdemokratische Klientel zeigt eine ähnliche Treue zu ihrem Verein wie die Unions-

wähler, obwohl sich führende Sozialdemokraten dieser eher konservativen Malocher-, Familie- und Reihenhäuschen-Klientel längst öffentlich schämen und lieber solche trendigen Wähler hätten wie die schicken, weltoffenen, hippen und total modernen Grünen. Doch damit ein deutscher Arbeiter, dessen Vater schon SPD gewählt hat, den Sozen von der Fahne geht, muß mehr passieren als daß die sich für seine Probleme nicht mehr sonderlich interessieren, weil sie gerade mit "Diversity" beschäftigt sind. ...

Der Deutsche vertraut seiner jeweiligen Obrigkeit und den von ihr betonierten Strukturen so sehr, daß heute die beiden großen sogenannten Volksparteien sich mit grünen und linken Gesellschaftszielen identifizieren können, die faktisch auf die allmähliche Abschaffung des Souveräns und seiner Traditionen hinauslaufen, ohne daß eine massenhafte Opposition dagegen entstände. Ruhe ist und bleibt erste Bürgerpflicht, und wie immer stürzt sich der brave Michel in sein Tagwerk, um wenigstens jede zweite oder dritte Stunde für sein eigenes Wohl zu arbeiten statt für Griechenland, das Weltklima, die Frauenquote oder die forcierte Buntwerdung seiner Kommune.

Niemand soll in diesem Kontext auf die bis zu 50 Prozent Nichtwähler insistieren: Sie hätten alle AfD oder Linkspartei oder irgendeine extremistische Splitterpartei wählen können, um die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Indem sie genau das nicht tun, entpuppen sich auch die Nichtwähler als typische veränderungsunwillige Strukturkonservative. Wer will da sagen, dieses Land hätte nicht die Politiker, die es verdient?"<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Tolerant, toleranter, totalitär**

Eine Kolumnistin empfiehlt einem Leser, seine zwei Kinder nicht zu einer Schwulen-Hochzeit zu schicken - und verliert ihren Job bei der Zeitung. Einem Münchner Gastwirt, der sich weigert, rechte Gäste rauszuwerfen und wie Aussätzige zu behandeln, droht der Entzug der Konzession.

Ein Berliner Politikwissenschaftler sieht sich plötzlich und grundlos auf einem anonymen Internetpranger mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen konfrontiert. Sein Vergehen: Er betrachtet politische Prozesse differenziert und richtet seine Lehre auch an der Realität aus - und nicht nur an linken Wunschvorstellungen.

Das ist Deutschland 2015. Jenes Deutschland, in dem nahezu täglich von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und der vielbeschworenen "Zivilgesellschaft" das hohe Gut der Toleranz gepredigt wird. Aber wie so oft bei falschen Predigern ist auch dieser Kelch statt mit Wasser randvoll mit Wein gefüllt.

Abweichende Meinungen werden bekämpft

Und offenbar haben sich die Gesinnungswächter mittlerweile so ausgiebig an diesem bedient, daß sie blind vor Trunkenheit sind. Blind in dem Glauben, Gutes zu tun, merken sie dabei nicht einmal mehr die Verwerflichkeit ihrer eignen Methoden.

Die Homolobby, die mit ihrem Wutgeheul für den Rauswurf der Zeitungskolumnistin sorgte, hat mit ihrer beleidigten Empörung vor allem eines gezeigt: die eigene Intoleranz. Abweichende Meinungen werden mit allen Mitteln bekämpft. Wer es wagt, sie zu äußern, muß damit rechnen, geächtet zu werden.

Das kennt man aus Diktaturen mit demokratischem Antlitz. Da durfte auch jeder seine Meinung frei äußern - er mußte nur mit den entsprechenden Konsequenzen leben. Und die reichen von Ausgrenzung über Studier- und Berufsverbot bis zu Ausbürgerung oder Gefängnis.

Es ist kein Geheimnis, daß nicht überall, wo "demokratisch" draufsteht, auch Demokratie gelebt wird. Auch die Diktatur des realexistierenden Sozialismus nahm für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und dem Guten zu dienen. Die Wirklichkeit aber sah anders aus.

Offiziell herrscht Meinungs- und Berufsfreiheit

Und heute? Offiziell ist die Bundesrepublik ein demokratischer Rechtsstaat mit grundgesetz-

lich garantierter Meinungs- und Berufsfreiheit. Das Gegenteil also von einer totalitären Gesinnungsdiktatur.

Denn Totalitarismus, so das Internetlexikon Wikipedia, bezeichnet eine Herrschaft, die "in alle sozialen Verhältnisse hineinzuwirken strebt, oft verbunden mit dem Anspruch, einen 'neuen Menschen' gemäß einer bestimmten Ideologie zu formen". Wer könnte hierbei schon an die Bundesrepublik im Jahr 2015 denken?<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Juni 2015 (x892/...): >>**Argumentationshilfe gegen die schulischen Lehrpläne mit Gender Mainstreaming**

... Die bekannte und äußerst verdienstvolle Psychagogin Christa Meves hat für die Widerstandsbewegung niedersächsischer Eltern eine Argumentationshilfe verfaßt und wünscht ausdrücklich deren Verbreitung.

Christa Meves

Liebe Eltern, merkt auf!

Es sind befremdliche schulische Maßnahmen im niedersächsischen Ministerium anberaumt worden: Gender Mainstreaming soll hierzulande im Unterricht fächerübergreifend dem Unterricht hinzugefügt werden. Das heißt: Die Jugendlichen sollen nicht etwa nur in einem Fach über geschlechtliche Zusammenhänge aufgeklärt werden, sondern die Behörde will ihnen als eine HAUPTSACHE (so heißt das Wort Mainstreaming ins Deutsche übersetzt) eine neue Lehre über die Geschlechter in allen Schulfächern vermitteln.

Die Kinder sollen nun erfahren, daß es nicht mehr vorgegeben ist, daß Mann und Frau sich zusammenfinden, um mit den daraus erwachsenen Kindern eine Familie zu bilden, sondern daß ihnen als "Gender" eine Fülle weiterer Möglichkeiten geschlechtlichen Umgangs offen stehe. Den Schülern und Schülerinnen soll beigebracht werden, daß die geschlechtliche Vereinigung von Mann und Frau nicht eine biologische angeborene Gegebenheit ist.

Sie sollen neu lernen, daß es gleichrangig möglich ist als Lesbe, Schwuler, Bisexueller, Transsexueller, Transgender, Intersexueller oder als sexuell vielfach Wechselnder zu leben. (LSBT-TIQ). Es soll damit ausgeschaltet werden, daß die Jugendlichen es nicht mehr für selbstverständlich halten, ihr Geschlechtsleben nach ihren angeborenen Körperformen auszurichten. Die Schüler sollen lernen, daß sie selbst die Form ihres Geschlechtslebens bestimmen können. Daß Mann und Frau angeboren und zur Ehe miteinander bestimmt seien, sei ein überholtes Vorurteil, das jetzt überwunden werden müsse.

**Aber das ist eine Irrlehre!**

Daß der Mensch als ein Mann oder als eine Frau durch diese Welt gehen soll, - so weiß es jetzt die Hormonwissenschaft ganz genau - wird bereits unmittelbar bei der Zeugung festgelegt und durch die Einwirkung von Geschlechtshormonen im ungeborenen Kind zur Entfaltung gebracht. Im Alter von 4 bis 7 Jahren merkt das Kind das dann und beginnt sich als Junge nach dem Vater und als Mädchen nach der Mutter auszurichten, um eines Tages ein Mann und ein Vater, als Mädchen eine Frau und eine Mutter werden zu wollen.

Neuerdings soll nun in der Grundschule den Kindern vermittelt werden, daß es auch anders gehen könne. Sie könnten auch hier schon wählen, was sie werden wollen, wenn sie erwachsen sind, z.B. als Junge eine Frau und als Mädchen ein Mann. Das aber sind und bleiben Abweichungen vom angeborenen vorgegebenen Geschlecht, die nach Gender Mainstreaming nun als normal gelehrt und angeregt werden sollen.

Liebe Eltern, Ihnen allen wird dieses neue Unterrichtsziel absurd erscheinen, und dieses Konzept als eine ausgefallene Mode, die, so denkt man bald wieder verschwinden wird. Aber dennoch kann diese Irrlehre für manche unserer Kinder heute zur Verführung werden. Wenn z.B. Jungen in diesem Alter keinen Vater haben, der ihnen ein Vorbild ist, oder den sie nicht nachahmen möchten, weil er säuft, schlägt oder einfach weg ist, während die Mama das Leben

packt und gut drauf ist, kann der kleine Sohn in diese Schiene geraten und dann sogar später meinen, er hätte von Anfang an anders sein wollen als es sein Geschlecht vorgibt.

Im Jugendalter können solche Kinder dann doch aufgeschlossen sein für die neue Mode. Vielen Eltern in deutschen Ländern, aber auch in manchen anderen europäischen Ländern ist das aber gar nicht recht. Sie demonstrieren vor den Parlamenten; denn dieses Gender Mainstreaming wird in vielen Instituten der EU bereits öffentlich programmiert. Deshalb werden die Unterrichtsmaterialien jetzt bereits dieser Theorie entsprechend verändert.

**Eltern! Mit dieser so international programmierten Lehre könnt Ihr nicht einverstanden sein!**

Denn, wenn sie Erfolg hat, wird es immer weniger Familienbildung geben, und der Geburten-schwund wird immer größer werden. Damit wird die Hoffnung auf Zukunft in Wohlstand immer mehr gefährdet! Erst recht nicht könnt ihr dann auf Großelternschaft hoffen. Die Enkel bleiben dann aus! Dieser Hauptstrom, der jetzt eingerichtet werden soll, entspricht nicht den Wünschen, die die Mehrheit der Menschen heute in Europa hat: Sie wollen in gesunden zusammenhaltenden Familien leben.

Wehrt Euch, Ihr Eltern, gegen solche Schulpläne! Unser Grundgesetz sagt: Die Erziehung der Kinder liegt zuallererst in der Hand der Eltern. Das Recht zum Widerstand ist auf Eurer Seite! Frau Meves, vielen vielen Dank!<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Juni 2015: >>**Genderwahn Grüne werden an ihren Sex-Ideologen zugrunde gehen**

Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Dank einiger Ideologen verspielen sie das. Emanzipationslinke können eben einfach nicht anders, als Privates zu reglementieren.

Die Emanzipationsverfechter haben ihren Humor verloren, und das wird ihnen noch Leid tun. Der Humor war oft sarkastisch, ironisch, manchmal bewußt boshaft, aber jetzt ist er verschwunden. Eine fröhliche Loveparade, ein putzig-überschwenglicher CS-Day? Das kommt alles an sein Ende. An ihre Stelle tritt der verordnete Zwang zu einer bestimmten Sichtweise, schon lange, aber hinzu kommen jetzt auch offener Haß gegen angeblich Rückwärtsdenkende, eine manchmal kaum verhüllte Verfolgungsfreude, ein gedankenpolizeilicher Schub schon beim Aufwachen.

Die Linke möchte von früh bis spät eine Toleranz verordnen, deren Grenzen nicht mehr das Gesetz, sondern ihr eigenes subjektives Empfinden ist. An die Stelle humorvoller Loveparade-Tänzer treten Femen-Kämpferinnen, oder Internetinquisitoren mit Decknamen, oder Bildungs-ideologen, die Grundschüler im Unterricht fächerübergreifend mit Wörtern wie "intersexuell" verwirren wollen.

Die Vertreter einer solchen Weltsicht sind in vielen Parteien zu finden, und sie erheben einen Herrschaftsanspruch. Die Anhänger politischer "Korrektheit" versuchen nicht, die Gleichbehandlung von Minderheiten durchzusetzen, sondern deren gesellschaftlich und politisch tief verankerte Vorbildrolle. Diese Rolle soll so alternativlos und so verhaltensbestimmend sein wie früher das von der Linken bekämpfte Patriarchat.

Das ist oft so bei derartigen Bewegungen - man möchte die Macht des Gegners gerne selber haben. Und zwar in genau demselben Umfang. Wenn diese Macht erreicht ist, dann soll der Mehrheit, gegen die man bisher kämpfte, das Lachen vergehen. So, wie die Emanzipations-kommissarinnen und -kommissare das Lachen schon längst verloren haben.

**Der Kompaß steht auf N - wie Nulltoleranz**

Ihr Kurs mit der Kompaßnadel auf N wie Nulltoleranz wird sie bald in Probleme stürzen, die sie in ihrer Verstiegtheit nicht sehen. Da hat die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer ganz recht. Die formalrechtliche Gleichheit von Minderheiten ist nicht ohne Weiteres verfassungsrechtlich darstellbar, geschweige denn ihre Vorrangstellung. Wer Ja

zur vollen gleichgeschlechtlichen Ehe sagt, könnte auch Ja zur Vielehe sagen müssen. Aber da ist noch mehr. Wer Ja zur Vorbildrolle geschlechtlicher Minderheiten sagt, könnte auch Ja zur Vorbildrolle politischer Minderheiten sagen müssen - und zwar aller solcher Minderheiten.

Die gesellschaftliche Linke ist aber schnell mit Verwaltungsmaßnahmen zur Hand, wenn es um die Ausgrenzung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Minoritäten geht.

Das Bundesverfassungsgericht schreitet immer öfter sogar für offen nazistische Rechtsextremisten ein, nicht weil die Richter mit ihnen sympathisierten, sondern weil die Verwaltungsmaßnahmen verfassungsrechtlich bedenklich sind. Es geht den Minderheits-Heroisierern wie allen Ideologen nicht um Minderheitenschutz im Sinne einer möglichst weiten rechtlichen Schutzsphäre. Es geht ihnen um die eigene Macht, und dann: Pfui, weg mit den Andersdenkenden.

Das sieht man an einem anderen Reflex. Bei niemandem sind sie so schnell auf Stigmatisierung aus wie bei Gegnern, die bei Geschlechterthemen sagen, sie sprächen für die Mehrheit. Die Korrektheitskämpfer begründen das unter anderem damit, daß geschlechtliche Minderheiten biologisch vorbestimmt seien, während religiöse oder politische Minderheiten eine freie oder jedenfalls nicht genetisch vorbestimmte Haltung verträten.

### **Genderwissenschaft hat ihre Berechtigung**

Das kann man so sehen, aber rechtfertigt keine Kopf-ab-Politik gegen die gesellschaftliche Mehrheit. Eine derartige Politik schadet dem Fortschritt. Denn natürlich haben Anliegen wie Gender oder gleichgeschlechtliche Ehe ihre Berechtigung. Es gibt detaillierte Genderforschungen dazu, wie unterschiedlich Frauen und Männer manche Alltagsprobleme angehen und welche Folgen das für Technikkonzerne oder Wirtschaftsstrukturen haben könnte - ohne jedweden diskriminierenden Ansatz.

### **Warum Männer in Passau nicht mehr "Fensterln" dürfen**

Fensterklettern verärgert Gleichstellungsbeauftragte: Weil es immer nur die Männer sind, die zu den Damen ins Fenster steigen, soll die spaßige Disziplin "Fensterln" zum Campus-Fest in Passau so nicht stattfinden.

Es gibt die breite Schicht der Menschen, die eine gleichgeschlechtliche Verbindung oder eine Geschlechtsumwandlung als etwas Alltägliches empfinden, solange das eine individuelle Glücksentscheidung statt eine politische Vorbildhaltung ist. Das alles wird von den Vulgär-Vorkämpfern einer "Genderpflicht" und einer "Ehe für alle" verschüttet, weil sie den Eindruck erwecken, eine Ideologie der Minderheitenmacht durchpauken zu wollen. Wenn man das humorvoll sehen wollte, könnte man sagen, bald werden reine Männerrunden vorsichtshalber behaupten, einige der Männer seien früher einmal Frauen gewesen.

Will man es realistisch sehen, dann muß leider gesagt werden: Die Stuttgarter Sexualkundepläne sind eine Jungpionierindoktrination zum Sozialismus in Neuauflage, nur diesmal gegen heterosexuelle Eltern statt gegen Kapitalisten. "Allzeit bereit!" Wofür? Für die Achtung anderer Lebens- und Bewußtseinsformen? Nein. Die Stubenneurotiker der oktroyierten Sexualvielfalt erziehen Grundschüler zur Verachtung der Mehrheit. Darauf läuft es hinaus. So hat sich die Mehrheit die Ausweitung frühkindlicher Bildung nicht vorgestellt.

### **Geht es bloß um die Macht?**

Diese Mehrheit hat nicht immer Recht. Aber sie hat in der stabilen Demokratie ein gutes Gefühl dafür, wo bloß Macht erobert werden soll, statt die Gesellschaft voranzubringen. Wer Kindern in die Kindheit pfuschen möchte, sobald sie in der staatlichen Pflichtschule solchen Pfuschern ausgeliefert sind, wird merken, daß Fürsorge- und Vertrauensbruch Konsequenzen hat.

Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Sie sind dank einiger Ideologen dabei, den Bonus zu verspielen. Nun herrscht wieder der Eindruck: Emanzipationslinke

können eben einfach nicht anders, als Privates zu politisieren, an die Öffentlichkeit zu zerren und zu reglementieren. Tübingens grüner Bürgermeister Boris Palmer spürt das, und einige andere spüren es auch. Vor allem aber spürt es die Landes-CDU, die nun ein Gegenkonzept vertreten kann, das ihr womöglich den Weg in die Staatskanzlei öffnet.

Das Ende des Versuchs, Grundschüler zu Sexualpionieren zu erziehen, wird das Ende von Machtstrebern sein, die nicht wahrhaben wollen, was sonst jeder weiß: Die Mehrheit entscheidet. Und diese Mehrheit, gerade weil sie in Lebensfragen inzwischen sehr tolerant ist, möchte keine Bevormundung durch die schulische Hintertür, sondern Ausgewogenheit.

**"Es ist gut, eine Feministin zu sein!"**

Den Gender Pay Gap gibt es auch in Deutschland: gleiche Arbeit, unterschiedliches Gehalt für Frauen und Männer. Dagegen hat sich Schauspielerin Charlize Theron gewehrt - mit Erfolg.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Juli 2015 (x892/...): >>"Linkssprechung" setzt sich weiter durch

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Eltern die ihre Kinder, wie im Grundgesetz vorgesehen, selbst erziehen wollen, dürfen dafür vom Staat keine finanzielle Unterstützung bekommen. Diese Unterstützung steht nur Eltern zu, die ihre Kinder der staatlichen Zwangserziehung in KITAS und sonstigen Einrichtungen überlassen.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute Vormittag zur großen Freude der vereinigten Linken das Betreuungsgeld als verfassungswidrig gekippt. Zur Begründung führte das Gericht das lächerliche Argument, ein solches Gesetz sei nicht in der Kompetenz des Bundes. Gleichzeitig ist der massive, mit gewaltigen Milliarden betriebene Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung in KITAS aber durchaus Aufgabe des Bundes.

Der einige Grund, daß der Bund in diesem Bereich eingreift, so das Gericht, sei die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Dies werde aber durch ein Betreuungsgeld für selbst erziehende Eltern nicht erreicht. Gleichheit gibt es offenbar nur, wenn der Staat die Erziehung selbst übernimmt. So heißt es zur Begründung weiter, daß das Betreuungsgeld keine Mißstände bei Kita-Angeboten ausgleiche, weil die Zahlung nicht davon abhängt, ob ein Betreuungsplatz vorhanden ist, sondern nur davon, daß Eltern ihn nicht in Anspruch nehmen.

Wie weit sich das Bundesverfassungsgericht in der Familienpolitik bereits vom Grundgesetz entfernt hat (so auch in Fragen der Abtreibung, der Gender Mainstreaming Ideologie etc.), zeigt sich unter anderem daran, daß das Urteil einstimmig verkündet wurde.

Natürlich wird man argumentieren, daß das Elternrecht auf Erziehung der Kinder nicht eingeschränkt wird, wenn Eltern, die dieses Recht wahrnehmen, dadurch finanziell benachteiligt werden. Das gleiche Argument wurde bereits in Bezug auf die "Homo-Ehe" angewendet: Die Ehe wird nicht dadurch herabgesetzt, daß Jede(r) Jede(n) heiraten kann ...

Der Freistaat Bayern hat angekündigt, daß Betreuungsgeld durch ein eigenes Gesetz weiter ausbezahlen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015: >>Von Hiroshima zu Euroshima

Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. Um die Bevölkerung darauf einzustimmen, werden die Atombombenabwürfe in Japan von skrupellosen Propagandisten gerechtfertigt.

Es folgen Auszüge aus einem Artikel in COMPACT 9/2015 von Jürgen Elsässer

Vor drei Jahren gab es einen seltsamen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen. Ausgerechnet zum 67. Jahrestag von Hiroshima schrieb Michael Rühle, Abteilungsleiter bei der NATO in Brüssel, eine Wiedergutmachung der Schreckenswaffe, da ihr Einsatz gegen Japan "zur politischen und militärischen Mäßigung in den zwischenstaatlichen Beziehungen beigetragen" ha-

be. Man konnte das als herzlosen Zynismus auf den Gräbern der Toten interpretieren. In erster Linie aber war der Beitrag gegen die schüchtern vorgetragene Bitte von Außenminister Guido Westerwelle gerichtet gewesen, die US-Amerikaner mögen doch ihre Atomwaffen endlich auch aus Deutschland abziehen. Ghostwriter Rühle und seine Auftraggeber im Pentagon sollten Recht behalten, an der Lagerung von etwa 20 "Nukes" im rheinland-pfälzischen Büchel änderte sich nichts.

Aber mit dem bloßen Erhalt des nuklearen Status Quo ist die Supermacht mittlerweile nicht mehr zufrieden. Seit Beginn des neuen Kalten Krieges gegen Rußland geht es um Aufrüstung, auch mit der schrecklichsten aller Waffen. Am 4. Juni gab die US-Regierung selbst ein vorher geheimes Dossier des Oberkommandierenden Martin Dempsey frei, in welchem von "Überlegungen" zur Stationierung US-Marschflugkörpern mit Nuklearsprengköpfen in Europa berichtet wurde. Einen Tag später beeilte sich der britische Außenminister Philip Hammond, Basen für die neuen US-Systeme auf der Insel anzubieten.

Damit droht ein Rücksturz in die 1980er Jahre, als die Furcht vor einem Euroshima, also einem atomaren Schlagabtausch der Supermächte fernab vom amerikanischen Kontinent, Hunderttausende auf die Straße brachte. (...)

Im Wall Street Journal, dem Zentralorgan der US-Finanzoligarchie, hieß es am 3. August unter der Überschrift "Danke Gott für die Atombombe": "Hiroshima und Nagasaki waren nicht nur schreckliche, kriegsbeendende Ereignisse. Sie retteten Menschenleben."

Gemeint waren natürlich die kostbaren Leben US-amerikanischer Soldaten. Daß mehr als 250.000 japanische "Untermenschen" in Asche verwandelt wurden, scheint dem Autor dagegen verschmerzbar und hatte überdies eine heilsame pädagogische Wirkung: "Die Bombe verwandelte das Reich der Sonne in eine Nation von Friedensaktivisten." (...)

Hannes Stein legte am 6. August im selben Blatt (Die Welt) nach: "Es war grausam, aber richtig, daß die Amerikaner vor siebzig Jahren die Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen haben." Es sei nämlich kein sinnloses Morden gewesen, vielmehr hätte die US-Armee die "Japaner vor sich selbst retten" müssen. Soll das etwa dasselbe heißen wie 100 Jahre zuvor "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer"?

Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. (...)

In einer aktuellen Studie fordert das regierungnahe Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.

Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP, 4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland (...) für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2015: >>US-Regierung will Atomwaffen in Deutschland aufrüsten

Die Vereinigten Staaten planen eine Modernisierung ihres Atomwaffenbestandes in Deutschland. Auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz würde in diesen Tagen mit den Vorbereitungen für die Stationierung neuartiger, taktischer Nuklearwaffen begonnen, berichtete das ZDF unter Berufung auf amerikanische Haushaltspläne.

Sicherheitsexperten bestätigen, daß die Atomwaffen vom Typ B 61-12 wesentlich zielgenauer seien als die alten Bestände. Kritiker vom "Nuclear Information Projects" in Washington befürchten, daß die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen nicht mehr klar gezogen werden könnten. Dadurch werde ihr Einsatz wahrscheinlicher.

**Rußland verurteilt deutsche Beteiligung**

Rußland kritisierte die Stationierung der Waffen in Deutschland als Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. "Uns beunruhigt, daß Staaten, die eigentlich keine Atomwaffen besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben, und zwar im Rahmen der NATO-Praxis der Nuklearen Teilhabe", sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber "Frontal 21". Dies sei eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrages.

Deutschland ist über das Konzept der "nuklearen Teilhabe" in die Abschreckungspolitik der Nato eingebunden. Das bedeutet, daß Staaten ohne eigene Atomwaffen in die entsprechenden Gremien eingebunden sind und über den Einsatz der Waffen mitberaten und mitentscheiden. Darüber hinaus müssen die Teilhabestaaten Flugzeuge zum Einsatz der Waffen bereithalten. Auf die Zündcodes haben jedoch ausschließlich die Vereinigten Staaten Zugriff.<<

Herbert Ludwig berichtete am 7. Oktober 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Kultur des deutschen Volkes (x969/...): >>Volk oder Bevölkerung? - Von den Quellen der deutschen Kultur

*"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."*

Heinrich Heine

Die Begriffe Volk und Volksgemeinschaft sind durch die nationalsozialistische Ideologie als blutsgebundenes Kollektiv einer auserwählten Rasse mißbraucht worden, das einen übergeordneten personellen Gesamtwillen besitze, der durch den Führer repräsentiert und ausgeführt werde. Damit war auch der Begriff Volksgeist diskreditiert, der als Zusammenfassung dessen verstanden wird, was als seelisch-geistige Besonderheit ein Volk charakterisiert.

Teile der Wissenschaft sehen die Wurzeln der Ideologie des Nationalsozialismus in der Veranlagung des deutschen Volkes selbst und in manchen seiner Philosophen. Die meisten Politiker wünschen und betreiben die Integration des deutschen wie auch der anderen europäischen Völker in einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, weil sie so die nationalistische Selbstzerfleischung der Völker meinen ausschließen zu können. Vertreter des linken politischen Spektrums sehnen vielfach gar die direkte Auflösung des deutschen Volkes herbei und begrüßen sein Aussterben, das durch die derzeitige demographische Entwicklung absehbar scheint.

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen sagte laut "Die Welt" vom 7.2.2005: *"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."*

Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin, meinte lt. FAZ vom 6.9.1989 vor dem Parlament: *"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt."*

Am unverhohlensten äußern sich in dieser Beziehung die linksextremen Terrorgruppen. So heißt es in einem antifaschistischen Aufruf von 2012: *"Die größte Gefahr eines faschistischen Wiedererstarkens geht nicht von den marginalisierten Nazis aus, sondern von der bürgerlichen Ideologie des "geläuterten" Deutschlands selber, in welcher die Ursachen für die faschi-*

*stische Barbarei ... und in der Kategorien wie Volk und Nation Ausdruck anti-emanzipatorischen Denkens sind. ... Das Volk ist kein Begriff, den die Nazis erst ruinieren mußten, sondern seit hundert Jahren schon die Lüge von der notwendigen schicksalhaften Verbundenheit der einzelnen im nationalen Zwangskollektiv."*

Und auf den Straßen skandieren sie ganz offen: *"Nie wieder Deutschland!"* und: *"Deutschland verrecke!"*

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in der seit Jahren stattfindenden großen und gegenwärtig dramatisch anschwellenden Zuwanderung bei den Politikern der Begriff Volk als zu schützende Einheit keine Rolle spielt. Deutschland wird als quantitatives Reservoir betrachtet, das es bei eigenem Bevölkerungs- und Arbeitssklavenrückgang irgendwie aufzufüllen gilt. Vizekanzler Gabriel z.B. hält es für verkraftbar, daß Deutschland jährlich eine halbe Million Flüchtlinge für die nächsten Jahre aufnehmen könne (Spiegel Online 8.9.15).

Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte lt. SZ.de vom 4.9.2015: *"Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird"* und sprach von 500.000 freien Stellen in Deutschland.

Wer da noch auf die Eigenqualität des Volkes und ihres notwendigen Schutzes hinzuweisen wagt, wird sofort in die rechtsextreme Ecke gestellt. Wir betreten also im Folgenden stark vermintes Gelände. Aber es geht um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Und diejenigen, die noch gefühlsmäßig die historisch überkommene Nation verteidigen, müssen erkennen, daß dies nicht mehr ausreicht, sondern daß sie sich mit der tieferen geistigen Realität des Volkes verbinden müssen, um sie vor dem allseitig anstürmenden Nihilismus zu retten.

### **Vom Wesen des Volkes**

Dem unverstellten kulturgeschichtlichen Blick zeigt sich, daß jedes Volk eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft bildet, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus.

In dem Artikel *Das eigentliche Europa - Eine Besinnung in Zeiten der Entmündigung* habe ich das am Beispiel von fünf europäischen Völkern etwas zu skizzieren versucht. Der Verlust der Kulturbeiträge auch nur eines Volkes würde einen nicht gut zu machenden Schaden für die Menschheit bedeuten. Wozu sollte es sonst die verschiedenen Völker überhaupt geben?

Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die Kultur eines Volkes ist nicht abhängig von dessen ethnischer Geschlossenheit. Die Kultur steigt nicht aus einer blutsgebundenen Veranlagung auf, sondern bildet sich unabhängig davon aus rein seelischen Kräften. In sie können also auch Menschen aus anderen Völkern hineinwachsen, was ja in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen ist.

Wenn aber das massenhafte Einströmen von Menschen völlig fremder Kulturen und einer überwiegend antichristlichen und antifreiheitlichen Religion nach Deutschland stattfindet, die so in die Kultur gar nicht integrierbar und zum größten Teil dazu auch nicht willig sind, verliert das einheimische Volk immer mehr eine aus der eigenen Kultur hervorgehende und sie fördernde Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es

gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion. Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet.

Er bildet sie zwar etwas weiter, aber aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.

Wenn jemand irgendwo einen ihm unbekanntem komplizierten Motor findet, wird er nicht auf die schwachsinnige Idee kommen, die verschiedenen Teile hätten sich an dieser Stelle zufällig so zusammengefügt, sondern er wird den Motor vernünftigerweise auf den gedankenvollen Bauplan eines Menschen, also eines intelligenten Wesens zurückführen, nach dem er konstruiert und in seine funktionsfähige Form gebracht worden ist.

Vor dem menschlichen Organismus setzt aber bei vielen Menschen ein solch vernünftiges Denken plötzlich aus. Seine hochkomplexen Funktionsabläufe und Zusammenhänge sinnvollerweise auf einen intelligenten Bauplan zurückzuführen, scheitert am versteckten Hochmut des materialistischen Intellekts, der kein höheres intelligentes Wesen über sich anerkennen kann, und sich deshalb in den gedankenlosen neuen Aberglauben flüchtet, die Teile des Menschen hätten sich halt irgendwann durch einen wundersamen Zufall so zusammengefügt. Entsprechend hält man das Kunstwerk der Sprache und den einheitlichen Charakter der Kultur eines Volkes für zufällige Entwicklungsprodukte.

Doch bereits Johann Gottfried Herder bildete Ende des 18. Jahrhunderts den Begriff des Volksgeistes als einer übermenschlichen Wesenheit, die jedem Volk als inspirierendes Wesen zugehöre. Rudolf Steiner hat dies aus seinen geistigen Forschungen konkretisiert und dahin differenziert, daß es sich um zwei zusammenwirkende Wesen handle, einen Sprachgeist und einen Volksgeist, die in der christlichen Engelhierarchie, wie sie auf den Paulus-Schüler Dionysius Areopagita zurückgeht, jeweils dem geistigen Range der Erzengel angehören.

Es sind gewaltige Wesen, die mit ihrer Seele ein ganzes Volk umfassen und unterbewußt deren Seele und Lebensorganisation durchdringen und im Sinne einer bestimmten Sprache bzw. eines besonderen Volkscharakters und Volkstemperamentes inspirieren. Der Volksgeist durchdringt aber auch die Lebensvorgänge der Landschaft, in der das Volk lebt, und wirkt so prägend auch von außen. Es gehen unterschiedliche Einflüsse auf den Menschen aus, je nachdem wie die Elemente Erde, Wasser, Luft, Wärme und Licht im Gebirge, im Flachland, am Meer oder im Innern des Kontinents verteilt sind. Der Volksgeist ist die Quelle der Volkskultur.

### **Vom Wesen der deutschen Kultur**

Eine der zentralen Eigenschaften des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck. Es ist der generelle Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorwächst.

Goethe hat dies Streben in seinem "Faust" personifiziert. Der Professor Faust hat viele Wissenschaften studiert, aber unbefriedigt muß er sich gestehen, daß alles Sinnes- und Verstandeswissen seine Fragen nach den Tiefen des Seins nicht beantwortet: *"Habe nun, ach! Philosophie, / Juristerei und Medizin, / Und leider auch Theologie / Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. / Da steh ich nun, ich armer Tor, / Und bin so klug als wie zuvor!"* ... <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist. Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, daß es ans Unverständliche grenzte: Man wolle Rußland zwar nicht provozieren, "aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Rußlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, daß dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun". Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, daß im US-Militärhaushalt Gelder dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche "Tornados" einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten.

In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts "Nukleare Teilhabe" Angriffe mit Atomwaffen gegen Rußland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste Atom-"Tornado", der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotshenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, daß, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, daß die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen - auch wenn es US-amerikanische sind - einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem Paragraphen 17, daß es verboten ist, Atomwaffen "einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben".<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 19. Oktober 2015: >>Radikaler denn je

**Ein Jahr Pegida in Dresden**

Am 20. Oktober 2014 gingen die Demonstranten zum ersten Mal auf die Straße: Die selbst ernannten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", kurz Pegida. Seitdem wird eine zunehmende Radikalisierung bei den Kundgebungen der Bewegung beobachtet.

Wir sind das Volk, Volksverräter, Lügenpresse. Diese Rufe sind seit einem Jahr in Dresden immer wieder zu hören, Montagabends, auch heute Abend. Am 20. Oktober 2014 gingen sie zum ersten Mal auf die Straße: Die selbst ernannten "Patriotischen Europäer gegen die Islami-

sierung des Abendlandes", kurz Pegida.

Wie hat sich die Bewegung im Laufe des Jahres verändert? Warum konnte sie ausgerechnet in Dresden so stark werden und wieso tut sich die Politik so schwer mit einer Antwort?

Vergangene Woche Montag in Dresden, auf dem Platz vor der weltberühmten Semperoper. Pegida-Anhänger demonstrieren. Wieder einmal, wie so oft im vergangenen Jahr. Gut 9.000 Menschen sind gekommen. Nach einem Abflauen im Sommer wächst die Bewegung derzeit wieder.

**Hauptfeindbild ist die Politik der Bundesregierung, neben Asylbewerbern und Medien**

"Es ist Dank einer völlig verkorksten Politik unserer Berliner Diktatoren - und ich sage bewußt Diktatoren - mittlerweile außer Kontrolle geraten."

Pegida-Wortführer Lutz Bachmann spricht von Diktatoren und meint wegen der Flüchtlingspolitik die Bundesregierung - sie ist das Hauptfeindbild, neben Asylbewerbern und Medien.

Die Demonstranten umjubeln den 42-jährigen Bachmann, obwohl er wegen Volksverhetzung angeklagt ist. Er hatte Ausländer als "Viehzeug" und "Gelumpe" bezeichnet. Und auch sein kriminelles Vorleben mit Drogengeschäften und Einbruchsdelikten, für die er mehrfach verurteilt wurde, schadet seinem Ansehen unter Pegida-Anhängern offenbar nicht.

Der Ablauf der Redebeiträge ist auch an diesem Abend eingespielt: Bachmann teilt aus gegen die Eliten.

Volksverräter brüllt die Masse - ein Begriff aus dem Wortschatz der Nationalsozialisten: Anders als beim Wort "Landesverrat" gibt es beim Volksverräter den klaren Bezug zum "völkisch-nationalen" Denken.

Die "Lügenpresse", dieser Begriff wurde von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels zwar nicht erfunden, aber häufig verwendet. Von Anfang an gab es in den Pegida-Sprechchören Parallelen zur Sprache der Nazizeit.

Trotzdem hat sich die Rhetorik noch einmal verschärft. Das ist das Fazit nach einem Jahr Bachmann und einem Jahr Pegida. Den Wandel der Wortwahl macht ein Vergleich deutlich. Lutz Bachmann am 24. November 2014:

"Es wird behauptet, wir stünden für eine Anti-Asylpolitik. Ich sage nein. Wir sind für Aufnahme von Kriegsflüchtlingsen, aber gegen Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingsen."

Und weiter:

"Bis heute wird behauptet, wir betrieben Stimmungsmache gegen Asylbewerber und würden diese unter kriminellen Generalverdacht stellen. Ich sage nein, das tun wir nicht."

Mittlerweile hört sich das bei Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling am 12. Oktober 2015 ganz anders an:

"Fremde in unserem Land, die auf Feldbetten herumlungern, die randalieren. Merkel hat aus Deutschland ein riesiges Dschungelcamp gemacht."

Faul, aggressiv, kulturell anders - in dieses Licht rückt die ehemalige OB-Kandidatin von Dresden die Asylbewerber.

Bachmann spricht von Asylforderern oder auch Invasoren, wie vergangene Woche Montag:

"Wenn es schon nicht genügend Jobs für Deutsche ohne Berufsausbildung oder mit geringer schulischer Ausbildung gibt, die trotzdem noch wesentlich höher ist als die der meisten Asylbewerber, woher sollen dann Jobs für die ganzen Invasoren kommen?"

**Pegida schürt die Angst**

Invasoren, die Deutschen etwas wegnehmen. Ein Begriff aus der Militärsprache. So schürt Pegida die Angst und predigt Selbstverteidigung, zum Beispiel durch die Blockade von Asylbewerberunterkünften oder Grenzübergängen. Dazu rief der Redner Götz Kubitschek auf, Verleger aus Sachsen-Anhalt, eine wichtige Figur der Neuen Rechten in Deutschland. Er verwies auf ähnliche, ordnungswidrige Blockaden in Österreich:

"Mit 30 Aktivisten hat die Gruppe einen Grenzübergang vorübergehend gesperrt. Zwei Stun-

den lang, immerhin. Können wir das nicht auch? Grenzübergänge sperren, um die illegale Masseneinwanderung zu verhindern?"

Pegida unterstützt Blockaden vor Asylbewerberheimen wie in Dresden-Übigau. Dort hatten Anwohner mit ihren Autos Zufahrten zu einer geplanten Unterkunft gesperrt. Feuerwehr und Deutsches Rotes Kreuz kamen nicht durch.

Viele, aber nicht alle Anhänger verteidigten die Blockaden offen, zum Beispiel bei Facebook. Sie argumentierten, jetzt sei die Zeit für Taten gekommen; die Zeit, das Recht in die eigene Hand zu nehmen. Blockadeversuche hat es bereits in den sächsischen Kleinstädten Freital und Einsiedel bei Chemnitz gegeben.

"Ja, Pegida hat so ein bißchen das Feld bereitet, natürlich. Es hat zur Enthemmung der Rhetorik beigetragen. Es attackiert und hetzt gegen Ausländer, Asylbewerber", sagt Hans Vorländer, Politikwissenschaftler an der TU Dresden. Er hat als einer der ersten die Teilnehmerstruktur und die Ziele von Pegida untersucht. Auch wenn die Studie wegen der Methodik vielfach kritisiert wurde, sieht sich Vorländer inhaltlich durch weitere Untersuchungen bestätigt.

"Man glaubt sich gerechtfertigt, weil so viele in Dresden kritisch gegenüber Asylbewerbern sind. Und wenn bei Pegida mehr als 10.000 sind, glauben manche auch das Recht zu haben, auch andere Mittel in die Hand zu nehmen."

Andere Mittel in die Hand nehmen: So dachte möglicherweise auch der Attentäter, der am Samstag die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker niederstach und lebensgefährlich verletzte - offenbar aus fremdenfeindlichen Motiven. Bei seiner Festnahme gab der Mann laut Polizei an, sich gezielt die parteilose Sozialdezernentin Reker als Opfer ausgesucht zu haben, weil sie in Köln für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig ist.

Der mutmaßliche Täter soll sich bislang nicht direkt zu Pegida geäußert haben, doch zahlreiche Beobachter und Politiker sehen hier trotzdem einen Zusammenhang: Bundesjustizminister Heiko Maas sagte, Pegida senke die Hemmschwelle dafür, daß aus Worten Taten würden. Und ähnlich äußerte sich Innenminister Thomas de Maizière:

"Diejenigen, die das organisieren, sind harte Rechtsextremisten: Sie bezeichnen Asylbewerber pauschal als Verbrecher, alle Politiker als Hochverräter. Das ist fernab jeden demokratischen Konsenses. Und jeder, der da hingehet, weil er irgendwie Sorgen zum Ausdruck bringt, muß wissen, daß er Rattenfängern hinterherläuft. Bleiben Sie weg von denen, die diesen Haß, dieses Gift in unser Land spritzen."

Zumal die Bewegung verbal immer radikaler wird. Politikwissenschaftler Hans Vorländer teilt Pegida seit der ersten Demonstration vor einem Jahr in drei Phasen ein: Am Anfang, im Herbst und Winter vergangenen Jahres, skandierten Bachmann und seine Anhänger vor allem gegen "Glaubenskriege auf deutschem Boden". Bald gab es in immer mehr deutschen Städten Initiativen mit dem Kürzel -gida. Die Teilnehmerzahlen stiegen rasant, vor allem in Dresden, auf über 25.000 Ende Januar.

### **Zunehmende Radikalisierung, dritte Phase eingeläutet**

Dann der Bruch: Fotos von Bachmann tauchten auf, die ihn in Hitler-Pose zeigen. Das Organisationsteam zerbrach, Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel und andere stiegen aus. Bachmann trat kurzzeitig zurück.

Dann folgte nach Ansicht des Politologen Vorländer die zweite Phase:

"Ein Versuch von Bachmann, der wieder zurückgekommen war, war eben die Einladung an Geert Wilders. Er hatte vor, damit auch wieder weit mehr als 10.000 Demonstrierende zu gewinnen; das ist ihm nicht gelungen. Und er wollte, glaube ich auch, einen internationalen Anschluß seiner Pegida-Bewegung an den internationalen Rechtspopulismus gewinnen. Und das ist eigentlich nicht gelungen. Und danach dümpelte Pegida so dahin, es gab 1.000, 2.000 im Frühsommer."

Im Juni trat Tatjana Festerling in der ersten Runde der Oberbürgermeisterwahl in Dresden an.

Zehn Prozent der Dresdner gaben ihr die Stimme. Viele waren enttäuscht über das ihrer Ansicht nach schlechte Ergebnis. Danach versandete der Elan etwas.

Die aktuelle Flüchtlingskrise spielte Pegida dann in die Hände: Die Teilnehmer-Zahlen stiegen wieder, die Rhetorik wurde radikaler; für Vorländer ist es die dritte Phase von Pegida.

"Es kommt eine grundlegende Spaltung zwischen der Bürgerschaft, sobald sie sich bei Pegida versammelt und sagt, wir sind das Volk und dem politischen System hier zum Ausdruck. Ein Problem des repräsentativen Systems in der Politik. Das gibt ein grundlegendes Problem des repräsentativen Systems in der Politik. Was ein viel grundlegender Tatbestand ist. Und ihn zu diagnostizieren ist in jeder Hinsicht beunruhigend für die Stabilität von Demokratie."

Doch wo sind diejenigen, die eine andere Meinung vertreten? Die sich offen den Parolen von Pegida entgegenstellen?

Am Montag vergangener Woche haben sich mehrere Hundert Menschen zum Gegenprotest auf dem Dresdner Postplatz versammelt. Doch es sind eben wieder viel weniger Teilnehmer als bei Pegida.

"Wir finden das immer noch erschreckend. Den meisten Leuten ist das so egal geworden. Und es wird viel mehr toleriert, auch hier in Dresden."

"Es ist, glaube ich, so, daß in Dresden das Bürgertum eher zurückhaltend ist. Denen liegt nicht die Form des Protestes auf der Straße. Die sind entweder dagegen. Oder aber sie sind - sagen wir mal - klammheimlich doch dafür für die Anliegen von Pegida. Und sind schwankend hin und her; ihnen liegt aber nicht die öffentliche Demonstration."

Es gibt Gegenstimmen zu Pegida: Ältere Bündnisse wie "Dresden Nazifrei", die wieder aktiv werden, auch neue zivilgesellschaftliche Initiativen sind entstanden, zum Beispiel das Netzwerk "Dresden für alle". Hinzu kommen kleine Willkommensbündnisse, die auf Stadtteil-ebene arbeiten.

Am heutigen Vorabend des Jahrestages gehen nicht nur Pegida-Leute auf die Straße: Viele Gruppen haben zu einer großen Gegendemo für Weltoffenheit und gegen Pegida aufgerufen. Und doch: Einen wirklich entschlossenen Umgang mit Pegida hat die Stadtgesellschaft noch immer nicht gefunden.

Rita Kunert engagiert sich im Aktionsbündnis "Herz statt Hetze". Die Mittfünfzigerin versteht ihre Mitbürger nicht.

"Das ist schwierig zu erklären. Es ist vor allem auch meine Altersgruppe, die lieber zu Hause sitzt und vom heimischen Sofa aus diskutiert. Ich weiß nicht, was noch passieren muß, damit auch mal diese Menschen auf die Straße kommen."

Fünf der sieben Stadtratsfraktionen Dresdens, darunter auch die CDU, haben sich vor dem ersten Jahrestag in einer gemeinsamen Erklärung gegen Rassismus bekannt. Oberbürgermeister Dirk Hilbert hat sich schon vorher gegen Pegida ausgesprochen, doch zur Gegendemo wird er nicht kommen: Er ist im Urlaub.

Die sächsische Landesregierung, vor allem Ministerpräsident Stanislaw Tillich, CDU, hat lange gezögert, sich eindeutig zu Pegida zu positionieren. Auch sein Innenminister Markus Ulbig, ebenfalls CDU, schwankte in seinen Positionen, er bezeichnete die Pegida-Organisatoren als Rattenfänger, traf sich jedoch später im Geheimen mit ihnen, forderte eine Spezialeinheit gegen kriminelle Asylbewerber.

Erst seit diesem Sommer, vor allem seit dem Brandanschlag in Meißen und den asyl- und fremdenfeindlichen Demonstrationen in Freital und Heidenau, äußert sich Regierungschef Tillich deutlicher. Wie bei seiner Regierungserklärung im sächsischen Landtag im Juli:

"Rassismus ist eine Schande. Rassismus ist der Nährboden für Verbrechen. Und diesen Nährboden darf es nicht geben. Wir müssen uns immer wieder bemühen, rassistische und Menschenverachtende Haltungen aus den Köpfen zu bekommen."

Doch folgt ihm seine Partei auf diesem Kurs? Der Fraktionsvorsitzende der Union im Land-

tag, Frank Kupfer, schlägt bei einer Sondersitzung im September ganz andere Töne an: "Die muslimische Religion ist keine Religion, die hier in Sachsen ihre Heimat hat. Und die muslimische Religion ist eine Religion, die vieles anders betrachtet als wir das in unserer christlichen Tradition machen."

Doch auch Kupfer distanziert sich von Pegida - mittlerweile.

"Vor einem Jahr war die Pegida noch etwas anders als sie es jetzt ist. Ich habe mich vor einem Jahr noch hingestellt und hab die Menschen verteidigt, die da hingehen. Ich habe die Auffassung vertreten, daß dort Menschen hingehen, die Fragen haben, die Ängste haben, die Sorgen und niemanden haben, der die beantwortet. Da war niemand da. Auch in der Politik war niemand da. Auch in der CDU war niemand da."

Wie viel Vielstimmigkeit verträgt die CDU in dieser Frage in Sachsen? Wie reagieren die Wahlkreisabgeordneten auf die Fragen und Ängste angesichts der Flüchtlingskrise? Hier zeigen sich in kleinerem Maßstab die Konflikte, die die CDU auch auf Bundesebene zwischen dem Kurs von Angela Merkel und Horst Seehofer austrägt.

Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat eine Interviewanfrage des Deutschlandfunks für diese Sendung abgelehnt. Auch Innenminister Ulbig war nicht bereit zu einem Gespräch vor dem Mikrofon und verwies nach langem Zögern auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Martin Dulig von der SPD. Der immerhin findet klare Worte:

Wir nehmen das nicht hin. Und ich appelliere auch an die Menschen, die bei Pegida mitlaufen, sich genau zu überlegen, wem sie da folgen.

Anfang bis Mitte des Jahres antwortete die Landesregierung mit einer Reihe von Dialogforen auf die Demonstrationswelle in Dresden und später auch Leipzig.

Eine, die dort mit am Tisch gesessen und versucht hat, Brücken zwischen Pegida-Anhängern, Pegida-Gegnern und der Politik zu schlagen, ist Petra Köpping, sozialdemokratische Integrationsministerin in Sachsen. Oft war sie auch Montagabends in Dresden unterwegs, wenn Pegida-Anhänger demonstrierten, stellte sich den Fragen von Passanten, besuchte Gegenveranstaltungen. Hinzu kamen zahlreiche Gespräche in Dörfern und Städten in ganz Sachsen. Der Redebedarf war groß. Über 200 Veranstaltungen, so listet sie auf, habe sie im vergangenen Jahr besucht. Alle zum Thema Asyl und Integration. Jetzt muß sie sich fragen lassen, ob dieses Konzept angesichts steigender Teilnehmerzahlen bei Pegida gescheitert ist.

"Ich würde es diplomatisch beantworten wollen und sage, was passiert wäre, wenn wir die Gesprächsangebote nicht machen würden. Also insofern ist das müßig zu spekulieren, waren die sinnvoll oder nicht. Ja, es gehen die Menschen auf die Straße. Aber der Vorwurf, daß Politik nicht mit ihnen redet, den habe ich eher weniger gehört in den letzten Wochen und Monaten."

"Wir müssen miteinander ins Gespräch kommen. Auch wenn uns die Positionen des anderen erst mal nicht passen" - das war von Anfang an das Credo von Frank Richter, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung.

### **Dresden als "Hauptstadt des Widerstands"**

Und er ließ reden, bei Diskussionen, zu denen er in sein Haus einlud. Aber er ließ auch Pegida selbst reden, und zwar in den Räumen der Landeszentrale. Die Pressekonferenz, die Bachmann und Oerthel im Januar hier abhalten konnten, sorgte für einen Sturm der Entrüstung. Mittlerweile räumt Richter ein, daß das ein Fehler war. Denn die gleiche Bühne hätte er auch den Gegnern von Pegida bieten müssen.

Mehr als zehn Veranstaltungen in Dresden, 50 landauf, landab in Sachsen: Auch Richter war viel unterwegs im vergangenen Jahr.

"Das Hauptproblem scheint mir darin zu bestehen, daß die vielen Menschen, die bei Pegida unterwegs sind, keine andere politische Adresse gefunden haben. Das haben sie damals nicht gefunden, und viele haben es bis heute nicht gefunden. Also, warum gelingt es den etablierten demokratischen Parteien nicht besser, diese Menschen und die Themen, die diese Menschen

haben, abzuholen und zu sich rüberzuziehen? Und sie in einen konstruktiven, auch demokratischen Diskurs zu führen?"

Obwohl er sich mit allzu deutlicher Kritik zurückhält, muß er doch eins anmerken:

"Für meinen Geschmack halten sich viele Verantwortliche in Politik und Verwaltung viel zu defensiv. Ich glaube, die Sorgen, die Fragen und Probleme, die die Menschen haben, die nach wie vor bei Pegida unterwegs sind, müssen offensiv angegangen werden. Das ist ein kommunikatives Defizit."

In Dresden, der Stadt, die Pegida-Anhänger als neue "Hauptstadt des Widerstands" auserkoren haben, hat das vergangene Jahr Spuren hinterlassen. Das schlechte Ansehen als Rassisten-Hochburg macht sich schon jetzt im Tourismus bemerkbar: Fast zwei Prozent weniger Besucher kamen zuletzt nach Dresden. Gastronomen erzählen, daß Reisende absagen und als Grund konkret Pegida angeben.

Schließlich berichten auch internationale Medien über Pegida: Ob New York Times, Guardian, BBC oder Al-Jazeera, immer wieder taucht Dresden als Ort fremdenfeindlicher Demonstrationen auf. Eine neue Imagekampagne soll den Ruf retten und Dresden als weltoffene Stadt präsentieren. Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist der Erfolg ungewiß.

Zu spüren ist die Anspannung auch im sogenannten Asyl-Cafe, das einmal in der Woche stattfindet, um Dresdner und Asylbewerber zusammenzubringen. Eine junge Frau, die sich als Christiane vorstellt, unterhält sich mit einem syrischen Flüchtling über die Lage in der Stadt:

"There are so many pictures and videos in the internet of the Demonstrations of Pegida."

Angst habe er nicht, sagt der Mann, er habe viel schlimmere Dinge gesehen, aber er beobachte die Entwicklungen genau. Wachsamkeit, vielleicht sogar Mißtrauen, spürt Christiane seit einem Jahr immer wieder in der Stadt:

"Man trennt jetzt halt, wenn man neue Leute kennenlernt, dann ist eine Sache, die man erst mal eruiert. Man fragt erst mal, wie stehst du dazu? Wenn man merkt, daß derjenige sympathisiert oder vielleicht sogar aktiv teilnimmt, dann distanzieren ich mich auch und sage auch, ich möchte diese Person nicht unbedingt nochmals wieder treffen."<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

*Von Henry Paul (freischaffender Künstler)*

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputzt werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln geirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfähige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein

Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

**Sie hat geschickt agiert.** Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen. Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

**Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues** in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfinanzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

**Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten.** Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsföttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

**Weil unsere eigene Regierung,** die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegi-

en, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

**Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen.** Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<

Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/...): >>**Das Verhängnis der politischen Parteien**

*"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist."* (Goethe)

An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruptheit, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: *"Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*

Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.

Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlte von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

### **Wesen der Partei**

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich,

wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:

*"Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen."*  
(Nach Wikipedia: *Politische Partei*)

Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei, Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)

Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.

Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.

Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

### **Lobbyismus**

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.

Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den Interessengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:

*"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."*

Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der *"Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen"*, also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr

vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern des Volkes erhebt.

### **Keine Volksvertreter**

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten*" drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.

Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen*". Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.

Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.

Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

### **Demokratiefeindlichkeit**

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.

Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".

Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.

Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.

Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentari-

scher Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.

Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit* 44/15).

Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

### **Die Wurzel des Problems**

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.

Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.

Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.

Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung des Menschen beschnitten und aufgehoben.

Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprechen, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interes-

sengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatzpunkt mehr.

In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es: *"Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."* Die omnipotente Regelungsanmaßung des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.

Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht, gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelischgeistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.

Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertän* ausführlich behandelt.

Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen. Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauterer Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

### **Die Interessen hinter den Interessen**

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:

*"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."*

Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiel die Parteien-gestützte schein-demokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.

Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in

denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.

Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. ...<<